

Grüne: Mehrkosten für Hochspannungs-Erdkabel bei Durchleitungsgebühren berücksichtigen

Hindertreibt die Landesregierung Erdkabel zwischen Ganderkesee und St. Hülfte?

In der aktuellen Diskussion um die geplante Hochspannungsleitung zwischen Ganderkesee und St. Hülfte hindertreibt die Landesregierung auf Bundesebene die von den Betroffenen geforderte Erdverkabelung, befürchten die Grünen. Mit einer parlamentarischen Anfrage will Hans-Joachim Janßen, energiepolitischer Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, jetzt für Klarheit sorgen.

„Es wäre ein Unding, wenn CDU und FDP auf Landesebene in ihren Sonntagsreden eine Erdverkabelung der Hochspannungsleitung zwischen Ganderkesee und St. Hülfte einfordern und genau das im Bundesrat mit verhindern würden“, so Janßen.

Hintergrund der Anfrage ist die Position des Bundesrates zum derzeit im Bundestag diskutierten Infrastruktur-Planungsbeschleunigungsgesetz. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung ist vorgesehen, dass die Energieversorger höhere Investitionskosten für die unterirdische Verlegung von Hochspannungsleitungen bei den Durchleitungsgebühren geltend machen können, wenn eine Freileitung erheblich auf Wohngebiete einwirkt oder ausgewiesene Naturschutzgebiete beeinträchtigt.

Dem Bundesrat geht jedoch selbst die vorgesehene Begrenzung der Umlagemöglichkeiten zu weit. Es sei sicherzustellen, dass keine Sonderregelungen für Erdkabel getroffen werden, heißt es in der Stellungnahme der Länderkammer.

Hans-Joachim Janßen will daher in seiner Anfrage Auskunft darüber, wie sich Niedersachsen zu dieser Frage im Bundesrat verhalten hat.

Die Grünen fordern stattdessen, erhöhte Investitionskosten für Erdkabel künftig vollständig bei den Durchleitungsgebühren berücksichtigen zu können. Dafür setzt sich Hans-Joachim Janßen in einem Brief an Umweltminister Siegmund Gabriel ein „Alles andere wäre völlig unlogisch“, meint der Grünen-Abgeordnete. „Schließlich müssen Hauseigentümer auch dann erhebliche Wertverluste durch eine Freileitung befürchten, wenn sie nicht unmittelbar am Wohngebiet entlang führt. Außerdem würden Häuser im Außenbereich durch diese Regelung überhaupt nicht berücksichtigt“, so Janßen.

In seinem Brief an Minister Gabriel weist der Grünen-Abgeordnete außerdem darauf hin, dass die vorgesehene Regelung auch aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes nicht ausreicht. Schließlich seien viele EU-Vogelschutzgebiete in Niedersachsen noch nicht als Naturschutzgebiete ausgewiesen und Eingriffe in Landschaftsschutzgebiete überhaupt nicht berücksichtigt.

Mehrkosten für die Verbraucher erwartet Janßen aufgrund seines Vorschlags nicht: „Die Regulierungsbehörde wird die Energiekonzerne zwingen, ihre Durchleitungsgebühren zu senken. Da fällt eine angemessene Regelung bei den Erdkabeln kostenmäßig kaum ins Gewicht“, sagte der Grünen-Energieexperte